

KASSELER

DURCH BLICK

Nr. 1

**WIR FÜHLEN
DEN ALTPARTEIEN
AUF DEN ZAHN**

**MASSEN-
EINWANDERUNG
MIT UNABSEHBAREN
FOLGEKOSTEN**

**KASSEL BIETET 17.000
AUSLÄNDERN
DEN DEUTSCHEN
PASS AN**

**AfD-FRAKTION FÜR
VERKLEINERUNG
DER STADTVERORDNE
TENVERSAMMLUNG**

- Die AfD-Fraktion im Blickpunkt ➤ Konstituierende Sitzung war Feuertaufe für die neue AfD-Fraktion
- Grüne Umweltzone erweist sich als wirkungslos ➤ Hitzige Debatte über die Abschaffung von Weihnachtsfeiern ➤ Moscheebau von Radikalen in der Josephstraße

Alternative
für
Deutschland

AfD-STADTVERORDNETENFRAKTION

ALTERNATIVE FÜR KASSEL



Wir nehmen den von Ihnen erhaltenen Auftrag, Ihre Interessen zu vertreten, sehr ernst und werden unsere Kraft für Sie einsetzen. Mit unserer Fraktionszeitung möchten wir Ihnen die Möglichkeit zur Einsicht in unsere Arbeit bieten.

INHALT

- 03 | Die AfD-Fraktion im Blickpunkt
- 03 | Historische Momente für die AfD
- 04 | Wir fühlen den Altparteien auf den Zahn
- 04 | Konstituierende Sitzung war Feuertaufe für die neue AfD-Fraktion
- 06 | AfD-Fraktion befürchtet rassistische Diskriminierung von Deutschen
- 06 | Grüne: Ablehnung gegen das eigene Ziel
- 07 | Begrünung der Wilhelmshöher Allee 2,1 Mio. € für Architekten-Petersilie
- 08 | Grüne Umweltzone erweist sich als wirkungslos
- 10 | Masseneinwanderung mit unabsehbaren Folgekosten
- 11 | Hitzige Debatte über die Abschaffung von Weihnachtsfeiern
- 13 | Verhinderung von Sozialleistungsmissbrauch nicht gewünscht
- 14 | Viele Asylsuchende bekommen Extra-Zahlungen
- 14 | Kassel bietet 17.000 Ausländern den deutschen Pass an
- 14 | Moscheebau von Radikalen in der Josephstraße
- 16 | AfD-Fraktion für Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung
- 17 | Unerwartete Kooperationen bei Abstimmungen
- 18 | Vorstellung der Fraktionsmitglieder und des ehrenamtlichen Stadtrats im Magistrat



DIETER GRATZER

DIE AfD-FRAKTION IM BLICKPUNKT

Auf diesem Weg möchten wir, die AfD-Fraktion im Kasseler Rathaus, die Bürger über unsere Arbeit und Erfahrungen der ersten Monate informieren. Es waren turbulente Zeiten. Das fing schon mit der konstituierenden Sitzung an. Da gewaltbereite linksradikale Gruppen gegen uns demonstrierten, musste die Polizei mit massiver Präsenz für unsere Sicherheit sorgen.

Der erfolgreiche Einzug der AfD ins Rathaus war eine Sensation bei der vergangenen Kommunalwahl. Mit knapp elf Prozent der Stimmen zogen acht Stadtverordnete ins Parlament ein. Die Altparteien wurden stumm und blass. Die verfehlte Flüchtlingspolitik von CDU-Kanzlerin Angela Merkel und ihre eigenmächtige Grenzöffnung 2015 haben der AfD politisch viel Rückenwind gebracht. Die gesellschaftspolitischen, finanziellen und so-

zialen Folgen der weiter unbegrenzten Migrationswelle sind gar nicht absehbar. Sie werden uns noch Jahrzehnte beschäftigen.

Weil die etablierten Parteien das Problem der illegalen Zuwanderung nicht ernsthaft anpackten, lag es nahe, dass sich die AfD darum kümmert. Deutschland ist ein Rechtsstaat und Gesetze müssen von allen eingehalten werden. Auch von Politikern und Migranten. Das erwarten alle Bürger und das ist die klare Linie der AfD. ■



THOMAS SCHENK

HISTORISCHE MOMENTE FÜR DIE AfD

Historisch kann man diese zurückliegenden Monate nennen. Erstmals ist die AfD in die Kasseler Stadtverordnetenversammlung und in den Magistrat eingezogen. Wir mussten schnell lernen, dass Politik oft nicht im Parlament, sondern am Telefon oder in Hinterzimmern gemacht wird. Noch bevor die konstituierende Sitzung im Parlament stattfand,

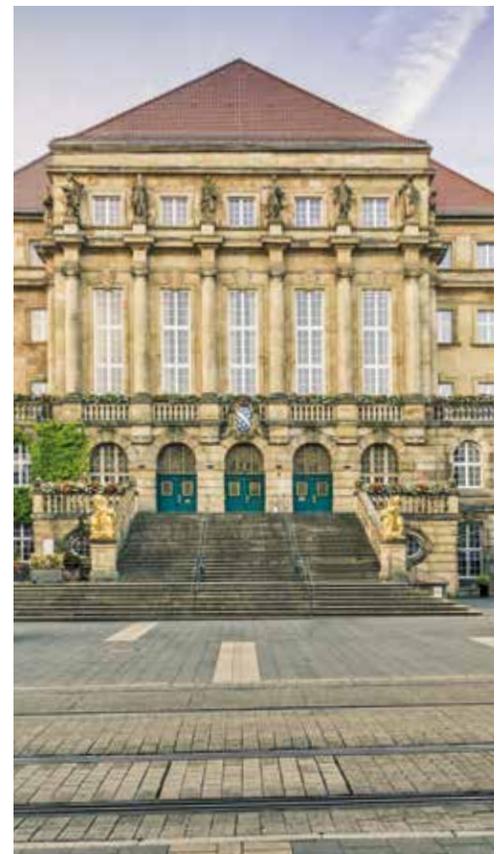
hatte man sich bereits geeinigt, die AfD aus möglichst vielen Gremien herauszuhalten. Letztendlich konnte die ganz große Koalition aus allen Altparteien nicht verhindern, dass wir mit Thomas Schenk einen ehrenamtlichen Stadtrat im Magistrat, der „Regierung der Stadt“, stellen.

Bei der Besetzung wichtiger Aufsichtsräte städtischer Unternehmen sind wir leer

Thomas Schenk ist als
Stadtrat in den Magistrat
der Stadt Kassel
eingezogen



ausgegangen. Im Gegensatz zur Stadtverordnetenversammlung ist der Magistrat ein Gremium, das hinter verschlossenen Türen arbeitet. Eine erste Bilanz: Im Magistrat werden keine Schaukämpfe ausgetragen, hier geht es sachlicher zu als im Parlament. Deutlich hat sich hier wie dort gezeigt: Die AfD ist die einzige Opposition. ■





MICHAEL WERL

WIR FÜHLEN DEN ALTPARTEIEN AUF DEN ZAHN

In der Kasseler Stadtverordnetenversammlung weht seit dem 6. März 2016 ein frischer Wind. Wir, die acht Abgeordneten der AfD-Fraktion, fühlen den Regierenden auf den Zahn. Wir stellen kontroverse Anträge, lassen uns Akten vorlegen und löchern die Regierenden mit unangenehmen parlamentarischen Anfragen. Das ist ärgerlich für Rot-Grün – aber gut für die Stadt Kassel. Denn wir sind die Stimme des Volkes in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung. Dafür nehmen wir auch Gegenwind in Kauf. Trotz der zahlreichen Anfeindungen und Drohungen durch Linksextremisten hat sich die AfD-Fraktion in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung etabliert und zu einer schlagkräftigen Truppe entwickelt. In dieser ersten Ausgabe vom „Durchblick“ geben wir einen Einblick in unsere Arbeit. Eins wird dabei deutlich: Wir lassen uns nicht beirren. Auch nicht von den Versuchen, mit denen die Altparteien uns in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung ausbremsen wollen. Der Umgang mit der AfD zeigt uns vielmehr, dass wir sie beim „Weiter so“ stören. Und das ist gut so!

Denn zu tun gibt es mehr als genug: Sei es die Bewältigung der auch in Kassel zu

spürenden Folgen der verantwortungslosen Flüchtlingspolitik Angela Merkels, oder seien es unsinnige grüne Verkehrskonzepte, Gender-Mainstreaming, marode Schulen, steigende Wasser- und Energiepreise, Kriminalität und die Bedrohung der inneren Sicherheit durch islamische Gefährder. Überall in Kassel sorgt die Politik der Altparteien dafür, dass etwas gewaltig aus dem Ruder läuft.

Das wollen wir ändern. Wir sorgen dafür, dass die Stimmen der Kasseler Bürgerinnen und Bürger endlich wieder gehört und ernstgenommen werden. Dafür führen wir unzählige Gespräche, sei es in unserer Fraktionsgeschäftsstelle im Kasseler Rathaus oder bei einem der zahllosen individuellen Einzeltermine mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Der Zuspruch, den wir bei jeder Gelegenheit erfahren sowie die guten Ergebnisse in den einzelnen Stadtteilen in Kassel zur Kommunalwahl zeigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und wir werden auch weiterhin für frischen Wind sorgen und der Stachel im Fleisch der Altparteien bleiben. Versprochen! ■

KONSTITUIERENDE SITZUNG

WAR FEUERTAUF FÜR DIE NEUE AfD-FRAKTION

Interview mit unserem Stadtverordneten Michael Werl / Zuständig für die Ausschüsse Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung sowie Kultur.

➤ **HERR WERL, SIE SIND SEIT DEM 6. MÄRZ 2016 GEWÄHLTES MITGLIED IN DER KASSELER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG. WIE HABEN SIE DEN WAHLABEND ERLEBT?**

Michael Werl: Zunächst möchte ich allen Wählern danken, die uns ihr Vertrauen geschenkt und das gute Wahlergebnis von fast elf Prozent möglich gemacht haben. Am Wahlabend waren wir nach der Stimmabgabe noch einige Zeit als Wahlbeobachter unterwegs. Dann sind wir ins Rathaus gegangen, wo das vorläufige Endergebnis bekanntgegeben wurde. Anschließend haben wir in einem Lokal, bei einem der AfD wohlgesonnenen Wirt, ausgiebig gefeiert. Diese Wahlparty mit Familie, Freunden,

Sympathisanten und Parteikollegen dauerte bis in die frühen Morgenstunden.

➤ **WAS WAREN IHRE ERSTEN AMTSHANDLUNGEN UND WELCHE ZIELE HABEN SIE SICH ALS STELLVERTRETENDER FRAKTIONSVORSITZENDER GESETZT?**

Michael Werl: Alle gewählten AfD-Stadtverordneten haben sich versammelt und zunächst die Fraktion formell gegründet. Danach wurde eine Fraktionsatzung ausgearbeitet. In den folgenden Monaten habe ich die technische Büroausstattung organisiert. Außerdem habe ich die Facebook- und Fraktions-Internetseite erstellt, die ich auch betreue. Unser Hauptziel ist zunächst die Professionalisierung unserer Mitarbeit in der Stadtverordnetenversammlung, in den

Fraktion im Brennpunkt
– Einblicke in die Arbeit
der AfD im Stadtparlament
von Kassel



Ausschüssen und anderen Gremien. Nächstes Ziel ist selbstverständlich die erfolgreiche Umsetzung der programmatischen Standpunkte der AfD. Allerdings ist das als kleine Oppositionskraft mit nur acht von 71 Sitzen nicht so einfach. Leider verweigern sich auch bisher alle anderen Parteien einer demokratischen Zusammenarbeit mit uns.

➤ **BEI DER KONSTITUIERENDEN SITZUNG GAB ES TUMULTE. WAS WAR PASSIERT?**

Michael Werl: Die erste Sitzung, in der alles Organisatorische geklärt wird, offenbarte gleich das mangelnde Demokratieverständnis der Fraktion der Kasseler Linken. Schon vor Beginn der Sitzung veranstaltete ein sogenanntes „Bündnis gegen Rechts“ vor dem Rathaus eine Demonstration gegen die AfD. Daher bedurfte es einer massiven Polizeipräsenz von gut drei Dutzend Beamten und vier Mannschaftswagen. Besorgniserregend war, dass uns die Polizei vor tätlichen

Angriffen warnen musste. So wurde uns geraten, den Vordereingang des Rathauses zu meiden und lieber den Hintereingang zu nehmen. Teilnehmer der Demonstration waren nach meiner Beobachtung „die üblichen Verdächtigen“ der ortsansässigen linksradikalen und linksextremen Szene sowie Gewerkschafts- und Kirchenvertreter, aber auch Anhänger linker Parteien und deren Jugendorganisationen. Beispielsweise hat ein Vertreter der Fraktion der Linken eine kurze Rede gehalten bei der Demo, die sich ausdrücklich gegen den Einzug der demokratisch gewählten AfD ins Parlament richtete. Dabei hatte er sein Wohlwollen für den Protest betont. Auch innerhalb des Rathauses waren überall Polizeibeamte zu unserem Schutz. Unter anderem, um uns vom Fraktionszimmer zur Stadtverordnetenversammlung zu eskortieren. Dort angekommen dauerte es nicht lange, bis die ersten Schilder von der Fraktion der Kasseler Linken hochgehalten wurden. Darauf standen gegen die AfD gerichtete diffamierende Parolen. Gleichzeitig kam es zu massiven Störungen durch linksextreme Chaoten auf der Empore, die mehrere Transparente entrollen wollten und mit lauten Sprechhören wie „Scheiß AfD“ störten. Die Polizei reagierte postwendend und beendete das unwürdige Schauspiel. Die Polizisten haben im Saal und vor dem Rathaus hervorragende Arbeit geleistet. Dass Störer und Mitglieder der Fraktion der Kasseler Linken die Aktionen abgesprochen haben, liegt auf der Hand. Rückblickend war die konstituierende Sitzung so etwas wie die Feuertaufe für uns AfD-Stadtverordnete.

➤ WELCHE ERFAHRUNGEN HABEN SIE BISHER IN DER KASSELER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG GEMACHT UND WIE VERHALTEN SICH DIE ANDEREN FRAKTIONEN GEGEN ÜBER DER AfD?

Michael Werl: Alle anderen Parteien grenzen die Alternative für Deutschland systematisch aus. Anträge unsererseits werden generell abgelehnt. Zum Beispiel die Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung, das Sicherheitskonzept zum Schutz von Frauen und Mädchen vor sexuellen Übergriffen oder allgemein Anträge zur Einsparung von Steuergeldern. Man merkt sehr schnell, dass Parteienfilz und Fraktionszwang in den anderen Stadtverordne-

tenfraktionen ziemlich ausgeprägt sind. Auf zwischenmenschlicher Ebene hält sich die Abneigung zum Glück in Grenzen. Man ist uns nicht wohlgesonnen, allerdings ist es auch nicht so, dass man uns ständig an den Pranger stellt.

➤ WAS KÖNNEN SIE UNS ÜBER DEN AUSSCHUSS RECHT, SICHERHEIT, INTEGRATION UND GLEICHSTELLUNG BERICHTEN?

Michael Werl: Meine erste Tätigkeit in dem Ausschuss war die Vorstellung unseres Antrags mit dem Titel „Sicherheitskonzept für Frauen vor sexuellen Übergriffen“. Zu meinem Entsetzen war dieses brisante Thema von allen anderen Stadtverordnetenfraktionen früher schon abgelehnt worden. Und zwar mit der fadenscheinigen Begründung, man müsse die ganze Thematik zuerst einmal auf sich wirken lassen und anschließend an den zuständigen Fachausschuss überweisen. Dass unser Antrag angeblich unausgegoren sei und Ressentiments gegen Ausländer und Minderheiten schüre, wurde uns, wie zu erwarten, ebenfalls vorgeworfen. Aber auch im Fachausschuss wurde unser Antrag von den anderen Fraktionen abgelehnt. Komischerweise stellten die einige Tage später einen gemeinsamen ähnlichen Antrag,

FRAKTION IM BRENNPUNKT - EINBLICKE IN DIE ARBEIT DER AfD IM STADTPARLA- MENT VON KASSEL

selbstverständlich unter Ausgrenzung der AfD. Dieser neue Antrag blieb jedoch oberflächlich und mit vollkommen inhaltsleeren Formulierungen wie „Kassel ist bunt und soll es bleiben“. Unser Antrag hatte den Zweck, nach den sexuellen Übergriffen auf Frauen und Mädchen durch Migranten in und um Kassel, den Magistrat zu verpflichten, zusammen mit den Sicherheitsbehörden ein Konzept zu erarbeiten, um solche Vorfälle künftig zu verhindern. Bis heute ist leider nichts geschehen. Auch die CDU wollte auf den Zug der AfD aufspringen und stellte einen eigenen Antrag, der aber wenig Substanz hatte. Selbst die Tageszeitung HNA kam zu dem Schluss, dass die anderen Parteien nur auf Grund der Initiative der AfD mit eigenen Anträgen aktiv wurden. Auch eine Anfrage

an Oberbürgermeister Hilgen zum Extremismus in Kassel wurde nicht beantwortet. Angeblich verstand er nicht, was genau er beantworten sollte. Gefragt hatten wir ganz konkret. Zum Beispiel nach den Maßnahmen, Methoden und Finanzmitteln, die zur Bekämpfung von Extremismus zur Verfügung stehen. Und das aufgeschlüsselt nach Rechts- und Linksextremismus sowie nach religiös motiviertem Extremismus. Da ich trotz Nachfragen keine brauchbaren Auskünfte bekam, zog ich die Anfrage vorerst zurück. Weitere Anträge und noch präzisere Anfragen sind bereits in Arbeit.

➤ UND WAS GIBT ES AUS DEM KULTURAUSSCHUSS ZU BERICHTEN?

Michael Werl: Leider noch nicht so viel. Die Sitzungen laufen erst an. Noch werden Themen aus der Zeit der vorherigen Stadtverordnetenversammlung abgearbeitet. Ich muss mich auf jeden Fall intensiv einarbeiten, um in den oft komplexen Themengebieten kompetent mitreden zu können.

➤ HERR WERL, EINE ABSCHLIESSENDE FRAGE: WELCHE KOMMUNALPOLITISCHEN THEMENGEBIETE STEHEN FÜR SIE IM MITTELPUNKT?

Michael Werl: Auf jeden Fall Sicherheit, Recht und Ordnung an vorderster Stelle sowie die Unterstützung unserer Polizei und aller sonstigen Ordnungskräfte in Kassel. Ebenso wichtig ist mir der Erhalt unserer Heimat und unserer christlich-abendländischen Kultur. Des Weiteren werde ich unangenehme Themen klar ansprechen, wie die Ausländerkriminalität und die Kriminalitätsentwicklung im Allgemeinen. Im Blick habe ich auch die massiven Folgeprobleme für Kassel die durch die verfehlte Politik von Kanzlerin Merkel mit den immer noch offenen Grenzen verursacht werden. Die weitgehend unkontrollierte Masseneinwanderung ist längst nicht gestoppt. Ich werde mich auch für eine rasche Abschiebung aller illegal eingereisten und straffällig gewordenen Ausländer einsetzen. Unserer Rechtsprechung und den Gesetzen muss endlich wieder Geltung verschafft werden.

➤ DANKE FÜR DAS GESPRÄCH, HERR WERL.

Michael Werl: Immer wieder gerne. ■



SVEN R. DREYER

AfD-FRAKTION BEFÜRCHTET RASSISTISCHE DISKRIMINIERUNG VON DEUTSCHEN

Eine Diskriminierung ethnisch deutscher Bürger befürchtet die AfD-Fraktion wegen einer Initiative des Kasseler Ausländerbeirats. Der fordert bei Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienst eine feste Quote für Migranten. Ihre Höhe soll sich am aktuellen Bevölkerungsanteil von Zuwanderern bemessen, der in Kassel momentan bei 35,4 Prozent liegt. Das bedeutet, dass besser qualifizierte ethnische Deutsche bei der Jobvergabe das Nachsehen hätten gegenüber fachlich weniger geeigneten Migranten. Wohin das langfristig führen würde, ist dem Beirat sehr wohl klar. Denn in

seiner Begründung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund bei den bis Fünfjährigen in unserer Stadt bereits über 50 Prozent liegt.

Mit ihrer Forderung bestätigen die Mitglieder des Ausländerbeirats in fataler Weise die von extrem rechten Gruppierungen verbreiteten Ängste. Die behaupten schon länger, dass Migranten den Staat im Stil einer feindlichen Übernahme allmählich an sich reißen könnten und dann die einheimische Bevölkerung diskriminieren. Solche radikalen Forderungen des Ausländerbeirats sind aber genauso abzulehnen, wie Gedankenspiele von Rechtsextremisten, die Jobs im Staatsdienst vorrangig mit einheimischen Deutschen besetzen wollen.

Was der Ausländerbeirat vorhat, ist eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben. Es kann zu sozialen und gesellschaftspolitischen Spannungen mit nicht absehbaren Folgen führen. Wer sind diejenigen, die uns so etwas einbrocken wollen? Der Beirat wird nur von den mit Wohnsitz in Kassel gemeldeten Ausländern gewählt, also nicht von deutschen Staatsangehörigen. Die Wahlbeteiligung bei der Ausländerbeiratswahl 2015 betrug nur 6,4 Prozent. Sie bestimmten über die Zusammensetzung dieses Minderheiten-Gremiums. Mehr als 93 Prozent aller Ausländer in Kassel interessieren sich folglich gar nicht für den Ausländerbeirat. Dennoch hat seine Stimme politisches Gewicht.

Nicht einmal drei Prozent hatten die Liste G2000 gewählt, die den Ausländerbeiratsvorsitzenden Kamil Saygin stellt. Auf einem weiteren Listenplatz findet

man Omar Derguli, Vorsitzender des islamischen Zentrums Kassel, das seit Jahren vom Verfassungsschutz wegen salafistischer Umtriebe beobachtet wird.

Damit radikale Minderheiten keinen ungerechtfertigt großen Einfluss auf die Stadtpolitik bekommen, ist es sehr wichtig, dass sich endlich mehr von den anderen über 93 Prozent der Ausländer für Politik interessieren. Auch sie sollten sich einbringen und für Mandate aufstellen lassen. Nur so kann uns allen eine friedliche Zukunft bewahrt werden.

Übrigens hat die hessische AfD bei ihren Kandidaten für die Bundestagswahl auf die Listenplätze 1, 3 und 9 drei Frauen gewählt und auf Listenplatz 3 steht zudem eine Migrantin. Diese Wahl erfolgte so ganz ohne Zwangsquoten. ■

GRÜNE: ABLEHNUNG GEGEN DAS EIGENE ZIEL

Die Grünen-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung hat gegen das Ziel des gründominierten Ortsbeirates in der Unterneustadt gestimmt. Der Ortsbeirat hatte beim Magistrat beantragt, eine Zufahrt zum Lidl-Markt in der Hafenstraße nur noch als Ausfahrt zu gestatten. Begründet wurde das mit Verkehrsbehinderungen durch den Rückstau wegen wartender Linksabbieger auf der Ringstraße des Unterneustädter Kirchplatzes. Dieser Antrag scheiterte jedoch, da er unzulässig in privatrechtliche Genehmigungen eingegriffen hätte. Die AfD-Fraktion nahm das Thema auf und stellte ihrerseits einen rechtskonformen Prüfungsantrag an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr, ebenfalls mit dem Ziel, das Linksabbiegen zu untersagen. Dieser Antrag wurde dann von der Grünen-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Ein Schritt, der für die AfD logisch nicht nachvollziehbar ist. Offenbar wollen die Grünen aus ideologischen Gründen keine parlamentarische und konstruktive Zusammenarbeit. Auch dann nicht, wenn es um Themen geht, die sie selbst angestoßen haben. ■

Ausländerbeirat fordert
Migrantenquote von
über einem Drittel bei
Stellenbesetzung

BEGRÜNUNG DER WILHELMS- HÖHER ALLEE

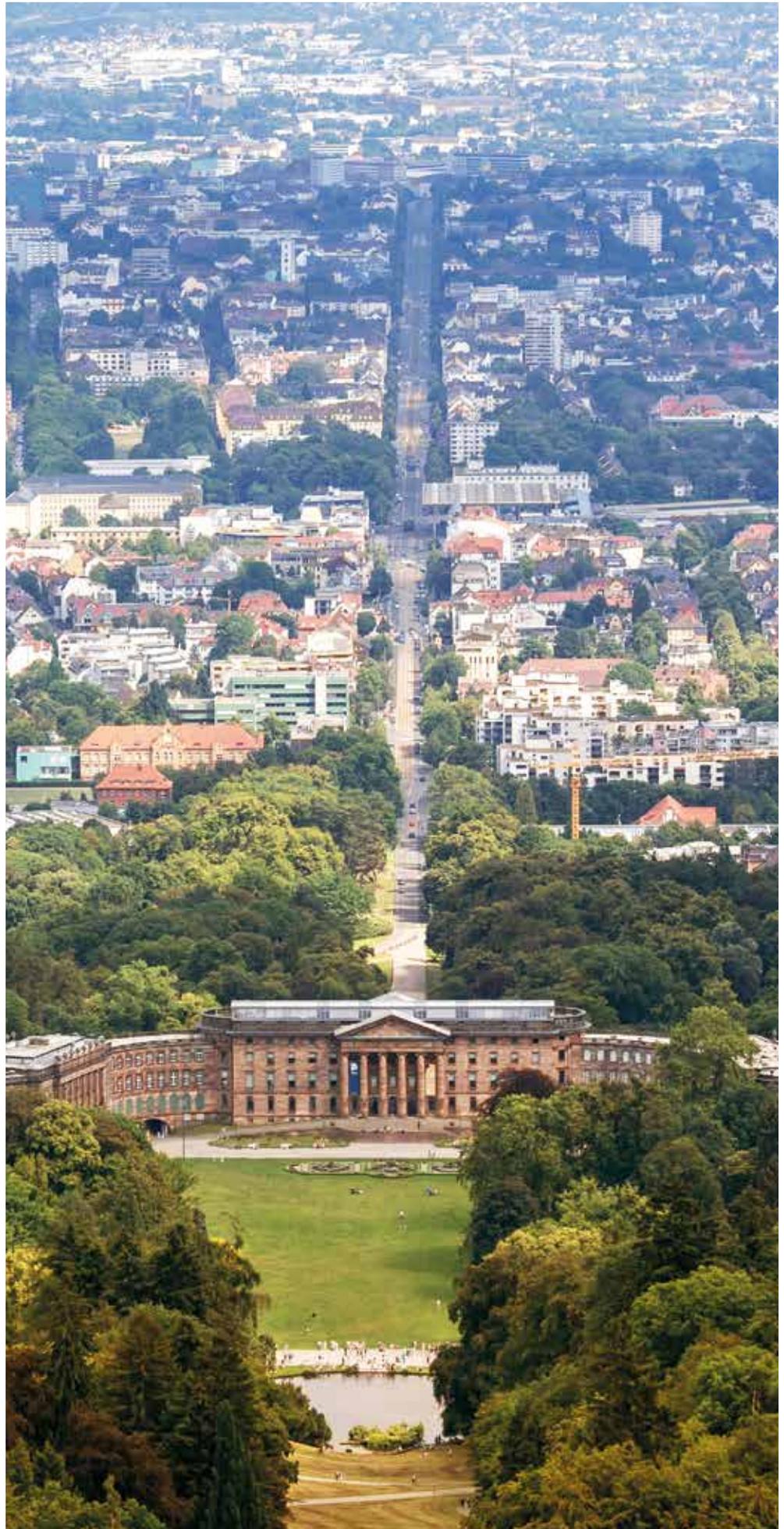
Wir befürworten das Projekt, die Wilhelmshöher Allee durch eine Vervollständigung und Verbesserung der Begrünung aufzuwerten.

Für die jetzt beschlossene Planung mit bewässerten Rasenflächen zwischen den Gleisen, Hecken und Neupflanzung von Alleebäumen für eine durchgehende Allee sollen 2,1 Mio. € Steuergelder verwendet werden. Des Weiteren entstehen mehr als 100.000,00 € zusätzliche Grünpflegekosten pro Jahr. Angesichts dieses Aufwands an Steuergeldern hätte man weitere Verbesserungen in der Wilhelmshöher Allee z.B. verbesserte Querungsmöglichkeiten für Menschen mit Handicap und weitere Modernisierungs- und Optimierungsmaßnahmen berücksichtigen sollen.

2,1 MIO. € STEUERGELDER FÜR „ARCHITEKTEN-PETER- SILIE“ – WEITER NICHTS

Auch wenn der Wegfall von Parkplätzen jetzt auf unter 35 begrenzt wurde, ist die Maßnahme nicht für alle Anwohner ein Grund zur Freude, zumal ein Ärgernis auch in Zukunft nicht sicher vermieden wird: Der Antrag, den die AfD-Fraktion in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr eingebracht hatte, fand keine Mehrheit. Dieser Antrag hätte sichergestellt, dass bei der Erneuerung von Oberleitungsmasten der KVG innerhalb von Stellplätzen diese in der Ecke links von einem schräg parkenden Fahrzeug platziert werden, um die Nutzung des Stellplatzes nicht zu verhindern.

Derzeit werden mehr als 30 Stellplätze durch nicht sachgerecht positionierte Oberleitungsmasten der Straßenbahn blockiert, wobei es in diesen Fällen keine technischen Erfordernisse gibt, die einer solchen Versetzung entgegenstehen. ■





GRÜNE UMWELTZONE ERWEIST SICH ALS WIRKUNGSLOS

Die Umweltbelastung in Kassel haben Stadtbaurat Christof Nolda (Grüne) und seine SPD-Vorgänger noch verschlimmert. Denn durch den Rückbau von Hauptverkehrsstraßen und die Errichtung von Hindernissen für den motorisierten Verkehr haben sich die Emissionen von Abgasen, besonders Stickoxiden und Feinstaub - trotz erheblichem Technologiefortschritt - insgesamt nicht ausreichend vermindert. Auch der Verzicht auf leistungsfähige Umgehungsstraßen bedeutet einen Verzicht auf besseren Umwelt- und Anwohnerschutz. Außerdem brachte das wirtschaftliche Nachteile für Unternehmen im Norden und Nordwesten Kassels sowie auch für den Flughafen Calden.

RÜCKBAU VON HAUPTVERKEHRSTRASSEN ERHÖHT ABGAS- UND FEINSTAUB- BELASTUNG

Wie schädlich solche Rückbauten für die Umwelt sind, mit denen Nolda vermeidbaren Stau und Stop-and-go-Verkehr erst schafft, sei mit einem kleinen Crashkurs in Physik und Abgas-Reinigungs-Technik von Kraftfahrzeugen kurz erläutert.

1. VERSCHWENDUNG VON KINETISCHER ENERGIE (BEWEGUNGSENERGIE)

Ein fahrendes Fahrzeug besitzt Bewegungsenergie, auch kinetische Energie genannt. Vorhandene Energie verschwindet nicht, sondern kann nur in andere Energieformen umgewandelt werden. Wenn das Fahrzeug hinter einem Hindernis, zum Beispiel einer haltenden Straßenbahn, abbremsst, wird die Bewegungsenergie in der Bremsscheibe zu Wärmeenergie umgewandelt. Diese wird nutzlos an die Umgebung abgegeben. Um das Fahrzeug beim Anfahren in Bewegung

zu setzen, muss neue Bewegungsenergie erzeugt werden. Dies geschieht, indem Energie in Form von Treibstoff aus dem Tank mit Luft zu Abgasen verbrannt wird. Somit ist klar, jedes vermeidbare Anhalten und wieder Anfahren verbraucht zusätzlichen Treibstoff und erzeugt zusätzlich Abgase und Feinstaub.

2. ERHÖHTE EMISSIONEN UND SCHLECHTERE EFFIZIENZ BEIM ANFAHREN UND BESCHLEUNIGEN DURCH DIE REAKTIONSZEIT DES REGELKREISES.

Fährt ein Fahrzeug im fließenden Verkehr, ändern sich die Parameter der Geschwindigkeit, Motor-Drehzahl und Stellung des Gaspedals nicht oder nur wenig. Das Motorsteuergerät kann so die Menge des eingespritzten Treibstoffs mit den Daten der Lambda-Sonde entsprechend der zur Verfügung stehenden Verbrennungs-Luft, Motortemperatur und weiterer Daten optimieren, was zu einer besseren Ausnutzung des Treibstoffs und geringerer Abgas- und Feinstaub-Erzeugung führt. Die Zeit zwischen Treibstoffeinspritzung, Verbrennung und Ableitung der Verbrennungsgase bis zur Lambda-Sonde am Katalysator, der Messung und Auswertung der Abgasanteile und entsprechender Korrektur der Treibstoffeinspritzung ist die Reaktionszeit des Regelkreises. Diese Reaktionszeit führt zu Problemen, sobald sich die Parameter wie beim Anfahren oder Beschleunigen schnell ändern, dann fehlt die Zeit für die aktuellen Parameter, die nötigen Messdaten zu erhalten, um die Verbrennung zu optimieren, was man bei älteren Fahrzeugen oft auch sehen kann, wenn sie beim Beschleunigen oder Anfahren sichtbar Ruß ausstoßen.

3. KALTER MOTOR UND KATALYSATOR ERHÖHT DEN STICKOXIDAUSSTOSS UM MEHR ALS DAS ZEHNFACHE.

Wenn ein Fahrzeug kurz zuvor kalt losgefahren ist, so dass der Katalysator des benzinbetriebenen Fahrzeugs noch nicht auf Betriebstemperatur ist, findet die chemische Reaktion zum Abbau der Stickoxide im Abgas nicht statt, was den Anteil der Stickoxide um bis zum Neunfachen erhöht. Kommt noch eine von der Kaltstart-Automatik erhöhte Treibstoffeinspritzung hin-

zu, wird oft mehr als zehnmal mehr Stickoxid erzeugt als bei dem gleichen Fahrzeug auf normaler Betriebstemperatur. Sogar bei Dieselfahrzeugen nach der neuesten Euro-6-Abgasnorm funktioniert unter der Betriebstemperatur kein Abgasreinigungssystem. Besonders bei modernen Fahrzeugen verhindert Stop-and-go-Verkehr die Funktion der Abgasreinigungstechnik, da bei jedem Halt die Start-Stopp-Automatik den Motor ausschaltet und so das Erreichen der Betriebstemperatur verhindert wird. Ist nur ein Fahrzeug von zehn in diesem Betriebszustand auf der Friedrich-Ebert-Straße hinter einer Straßenbahn unterwegs, verdoppelt sich der Stickoxidausstoß umgerechnet auf alle zehn Fahrzeuge. Das bedeutet, Noldas Straßenumbau hat die Friedrich-Ebert-Straße und andere zu Stickoxid-Produktions-Straßen gemacht.

FAZIT: GRÜNE POLITIK IN KASSEL VERSCHLIMMERT DIE PROBLEME, DIE SIE ZU LÖSEN VORGIBT.

Damit nicht genug, 2013 behauptete Stadtbaurat Nolda laut der Tageszeitung HNA, wie heute noch die grüne hessische Umweltministerin Priska Hinz, die Probleme mit Überschreitung von Stickoxidgrenzwerten könne er mit einer Umweltzone lösen. Doch da ist in Grimms Märchen mehr Wahrheit drin. Die benzinbetriebenen Fahrzeuge haben fast alle grüne Plaketten. Wie sich deren Stickoxid-Abgase entwickeln, ist hier schon beschrieben worden. Ist der Katalysator warm, kommt wenig Stickoxid in die Umwelt.

Bei den Dieseln sieht es anders aus, die produzieren auch wenn sie warm sind größere Mengen Stickoxide. Ob es sich um einen Euro-4-Diesel mit grüner Plakette, um einen Euro-3-Diesel mit gelber Plakette oder um einen Euro-2-Diesel mit roter Plakette handelt, macht eigentlich keinen Unterschied. Denn es gibt keine Technik zum Abbau von Stickoxid-Emissionen bei Diesel-Fahrzeugen. Der erstmals meist bei Euro-4 verbaute Partikelfilter ist gegen Stickoxide wirkungslos.

Menschen, die als Vielfahrer einen

über zehn Jahre alten Wagen fahren, sind nicht so wohlhabend, dass sie sich einen neuen Euro-5- oder Euro-6-Diesel kaufen, wenn man ihnen die Benutzung ihres Euro-2- oder Euro-3-Diesels verbietet. Sie können sich in der Regel nur mit Mühe einen Euro-4-Diesel leisten, mit dem sie dann in die Umweltzone (Grüne Plakette) dürfen, was aber die Stickoxide nicht vermindert. Selbst bei den für die neue blaue Plakette vorgesehenen EURO-6 -Fahrzeugen funktioniert die Abgasreinigung oft nicht, wie man seit dem VW-Abgas-Skandal und den neuesten Untersuchungen des Kraftfahrtbundesamtes weiß. Denn die meisten Fahrzeuge schalten bei einer Außentemperatur von unter zehn Grad die komplette Abgasreinigungstechnik ab.

Professor Dr. Helmut Holzapfel von der Universität Kassel bestätigte die Kritik des AfD-Verkehrspolitikers Sven R. Dreyer an der geplanten Umweltzone im Unterausschuss am 22. September 2016. Mit der Veröffentlichung der Titelstory des Extra-Tip am 12. Oktober 2016 wurde deutlich, dass Holzapfel aufgrund einer nahezu übereinstimmenden fachlichen Einschätzung die Einführung einer Umweltzone mit grüner Plakette scharf kritisiert. Denn auch nach seiner Überzeugung ist eine solche Umweltzone in Bezug auf Stickoxide unwirksam.

Bereits in der Ausschusssitzung hatte Dreyer im Namen der AfD-Fraktion der Kasseler Stadtverordnetenversammlung diese Pläne kritisiert, weil ein Fahrverbot für die betroffenen sieben Prozent des Fahrzeugbestands in Kassel schon aus technischen Gründen keine Verbesserung bewirken kann. Die aufgrund von Berechnungen des grün geführten Umweltministeriums in Wiesbaden prognostizierten Stickoxideinsparungen von fast vier Prozent können nur mit realitätsfernen Annahmen errechnet worden sein. Auf Nachfragen zu diesen Berechnungsgrundlagen blieb der grüne Umweltdezernent Nolda eine Auskunft schuldig. Er meinte nur, dass man in Wiesbaden schon richtig gerechnet haben werde.

Da liegt er absolut falsch und fügt Menschen erheblichen Schaden zu, die für ihre Arbeit viel unterwegs sind und das oft für wenig Geld. Nolda hat die Probleme zu erheblichem Anteil selbst verursacht und ist deswegen in seinem Amt die falsche Besetzung. ■

MASSEN- EINWANDERUNG MIT UNABSEHBAREN FOLGEKOSTEN

Die rechts- und verfassungswidrige Migrationspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Deutschland allein 2015 mehr als eine Million illegal eingereiste Personen beschert. Ca. 80.000 davon kamen nach Hessen, von denen fast 2000 in Kassel versorgt werden. Die Stadt plant dafür jetzt schon Kosten von über 25 Millionen Euro pro Jahr ein. Bei dieser Betrachtung fehlen noch die extrem hohen Kosten für die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger. Polizei und Behörden verloren zeitweise den Überblick und die Kontrolle. Das wird inzwischen offiziell zugegeben. Die unüberlegte und eigenmächtige Grenzöffnung durch Merkel war eine Missachtung geltender Gesetze und der verfassungsmäßigen Ordnung gemäß dem Grundgesetz, wie jeder Bürger beim Lesen des Artikel 16 a Absatz 2 feststellen kann, wonach keiner einen Asylanspruch - auch nicht auf ein Verfahren - hat, der aus einem Land der

Europäischen Union oder einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, d.h. alle, die auf dem Landweg nach Deutschland kommen, könnten kein Asyl in Deutschland beantragen. Ähnlich verhält es sich mit der Genfer Flüchtlingskonvention. Diese erklärt in Art. 31 nur den illegalen Grenzübertritt einer betroffenen Person für straffrei, der unmittelbar von einem Land, in dem sie in ihrer Freiheit oder ihrem Leben bedroht ist, in ein Land erfolgt, in welchem diesbezüglich Sicherheit besteht. Ein „Wunschzielland“ gibt es weder im Asyl- noch im Flüchtlingsrecht!

**MEHR ALS 2.000
ASYLBEWERBER IN
KASSEL / STADT PLANT
JÄHRLICH ÜBER
25 MILLIONEN EURO EIN**

Dies bestätigen auch Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts a.D., Udo Di Fabio, Richter am Bundesverfassungsgericht a.D. und Michael Bertams, Präsident des Verfassungsgerichts von NRW a.D. mit ihrer öffentlichen Kritik. Die negativen gesellschaftspolitischen und

finanziellen Folgen werden uns noch Jahrzehnte belasten. Hinzu kommt die Gefahr durch steigende Kriminalität und Konflikte, aufgrund der nicht mit Verfassung und Gesetz vereinbaren kulturellen Unterschiede. So zum Beispiel bei der Kinderehe mit älteren Männern aus islamisch geprägten Ländern. Die Heirat einer 13-Jährigen ist in einigen islamischen Ländern erlaubt, aber in Deutschland als Kindesmissbrauch strafbar. In Kassel zeichnen sich immer mehr Sicherheitsprobleme ab. Von Laden- und Fahrraddiebstahl über sexuelle Belästigung bis hin zu Drogengeschäften, Raub und Körperverletzung, außerdem die Gefahr durch Terrorismus. Die AfD-Fraktion in Kassel fordert den Magistrat auf, sich umgehend im Rahmen seiner Möglichkeiten für einen Aufnahme-Stopp einzusetzen. Die Stadt ist bereits durch die ungezügelte Zuwanderung bei Sicherheit, Finanzen und Wohnraum überstrapaziert. Für die Kosten der Lebenshaltung und Unterbringung sowie der medizinischen Grundversorgung inklusive der Verwaltungskosten erhält die Stadt von Bund und Land 940 Euro pro Person und Monat aus Steuermitteln. Hierbei unberücksichtigt sind Kosten für Integrationsfördermaßnahmen wie Sprachkurse und Integrationsklassen, die über den Bildungsetat des Landes finanziert werden. Gleiches gilt für die Kosten der öffentlichen Sicherheit sowie den personellen Mehr-



aufwand bei Polizei und Justiz. Wegen der Rundum-Betreuung durch Sozialpädagogen kostet eine unter 18-jährige geschleppete Person pro Monat über 4.000 Euro. Im September wurden in Kassel 280 Minderjährige betreut, was über eine Million Euro pro Monat bedeutet. Bereits in diesem Jahr stiegen die Kosten dafür auf über 15 Millionen Euro und 2017 geht man von mindestens 16 Millionen Euro für die Minderjährigen-Betreuung in Kassel aus.

Die Grenze der Belastbarkeit ist mit den 1,2 Millionen Zuwanderern von 2015 bereits überschritten. Die Migrant*innenwelle setzt sich zu 90 Prozent aus Muslimen zusammen sowie aus überwiegend unbegleiteten Männern, von denen wiederum die meisten zwischen 16 und 35 Jahre alt sind.

Arbeitsmarktpolitische und demographische Probleme können durch diese Art unkontrollierter Zuwanderung nicht gelöst werden. Im Gegensatz zum Märchen von syrischen Ärzten und Facharbeitern, die angeblich zu uns kommen, reisten überwiegend Ungebildete oder gar Analphabeten ein. Um einen geeigneten Jugendlichen sprachlich, schulisch und in der Berufsausbildung fit für den Arbeitsmarkt zu machen, rechnen Experten mit mindestens fünf bis sieben Jahren. Schwieriger sieht das bei über 25-Jährigen aus, denen solche Qualifizierungen oft nicht angeboten werden.

Die AfD möchte Politik für die Menschen machen. Dazu gehört auch, dass wir unsere Möglichkeiten realistisch einschätzen. Laut UNHCR gibt es rund 60 Millionen Flüchtlinge weltweit, allein acht bis zwölf Millionen aufgrund des Syrienkriegs. Selbst wenn wir wollten, könnten wir nicht alle Flüchtlinge bei uns aufnehmen. Deshalb plädiert die AfD dafür, ihnen dort zu helfen, wo es ökonomisch und geografisch sinnvoll ist, nämlich in ihren Heimatregionen oder in der Nähe dazu. Es ist besser für alle Beteiligten, in den Fluchtländern zu helfen, so wie das auch von der Genfer Flüchtlingskonvention eigentlich vorgesehen ist. Für 16 Millionen Euro jährlich könnten dort Flüchtlingsversorgungs- und Betreuungszentren für mehr als 10.000 Menschen betrieben werden, ausgestattet mit wetterfesten Unterkünften, befestigten Wegen, menschenwürdigen Sanitäreinrichtungen, Schulen und Lehrwerkstätten, so dass die Menschen sinnvoll auf den Wiederaufbau ihrer Länder vorbereitet werden. ■



Foto: pixabay.com/Pijon

HITZIGE DEBATTE ÜBER DIE ABSCHAFFUNG VON WEIHNACHTSFEIERN

Der dominante Einfluss islamischer Kultur hat in Kassel jetzt sogar eine Kindertagesstätte erreicht. Dort hat es mehrmals keine christliche Weihnachtsfeier gegeben, weil die meisten Kinder Moslems seien, lautet die offizielle Begründung. Mit dem Aufsehen erregenden Fall beschäftigte sich im Oktober auch die Stadtverordnetenversammlung. Die Fraktion der AfD kritisierte das geplante Ausfallen der Weihnachtsfeier in aller Schärfe.

Zunächst hatte die CDU vergeblich einen Antrag an den Magistrat gestellt und ihn aufgefordert, dafür zu sorgen, dass nicht aus falsch verstandener Toleranz auf weihnachtliche Traditionen in städtischen Kindertagesstätten verzichtet werde. Die Stadt solle sich klar zur Tradition im Rahmen unserer christlich-abendländischen Kultur bekennen. In die anschließende Debatte schaltete sich auch der stellvertretende AfD-Frakti-

onsvorsitzende Sven R. Dreyer ein. Er zeigte sich entsetzt und verurteilte das geplante Ausfallen der Weihnachtsfeier in der Kindertagesstätte „Sarah Nussbaum“ im Kasseler Stadtteil Wesertor. In diesem Stadtteil entstehe außerdem gerade eine Moschee nach der anderen, erklärte er. Zudem sei bei den Betreibern die Treue zum Grundgesetz sehr zweifelhaft. Der Anteil von Ausländern und Bürgern mit Migrationshintergrund beträgt dort ca. 60 Prozent und im benachbarten Stadtteil Nord bereits ca. 70 Prozent.

„In allen Bereichen der Gesellschaft ist ein allmähliches Zurückweichen unserer Kultur zu beklagen“, warnte Dreyer. Seit Jahr und Tag werde behauptet, es gebe keine Überfremdung in unserem Land. Anstatt nun dem drohenden Verlust der deutschen Kultur entgegenzuwirken, gebe man sich tatenlos dem Schicksal hin und verzichte in der Tagesstätte in vorauseilender Unterwerfung auf die Beibehaltung einer Jahrhunderte alten christlichen Tradition. Da stelle sich die Frage, wer sich da wem anpasse und in welcher Weise integriert werde, meinte Dreyer. Das viel gepriesene Schlagwort Integration entpuppe sich an diesem Beispiel eindrucksvoll als leere Worthülse. Als ob die Dinge nicht traurig genug wären, verstrickte sich die zuständige Dezernentin der Grünen, Anne Janz, noch in Widersprüche und offen-



Foto: pixabay.com/Gilmanshin

barte ihre ganze Ratlosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber dem Problem. Integration kann nach Meinung der AfD nur bedeuten, dass sich die Zugewanderten in Kultur und Lebensweise des aufnehmenden Landes einfügten. Schließlich habe Deutschland seine Kultur und gesellschaftlichen Traditionen über einen Jahrhunderte dauernden Prozess der Aufklärung entwickelt.

Die Kenntnis der religiösen Feste und Rituale des Landes, in dem man aufgenommen wird, hat noch niemand geschadet. Genauso wenig wie das Wissen über Erfahrungen und Traditionen anderer Volksgruppen, mit denen man zusammen lebt.

Statt überholte Dogmen durchzusetzen, wie zum Beispiel die über Tausend Jahre alten Speiseverbote im Islam, sollte nach Überzeugung der AfD-Fraktion vielmehr das selbstständige, kritische Denken gefördert werden. Das ist aber von Islamisten, fundamentalistischen Traditionalisten und Grünen nicht zu erwarten. Sie sind sich sogar erschreckend ähnlich, wenn es um den totalitären Anspruch zur Gestaltung der Gesellschaft nur nach ihren Vorstellungen geht. Die AfD in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung fordert das Festhalten an bewährten Traditionen unserer Kultur, um Integration überhaupt erst möglich zu machen.

Während der Debatte musste sich die AfD-Fraktion die üblichen Unterstellungen anhören, wie Rassismus-Bezeichnungen und haltlose Vorwürfe, Hetze zu betreiben. Dem trat Dreyer entschieden entgegen. Er habe keineswegs alle Migranten und Ausländer in einen Topf geworfen, wie die Linken diffamier-

rend behaupten. Er habe nur auf verhängnisvolle Zusammenhänge und das Risiko von Parallelgesellschaften und neuen sozialen Konflikten hingewiesen.

Die völlig verfehlte Integrationspolitik von Grünen und Linken, aber auch von SPD und CDU habe die Entwicklung, unter der heute ganz Europa leidet, massiv begünstigt. Man hat 35 Jahre lang den Kopf in den Sand gesteckt und die Migrations-Probleme ignoriert oder aus sogenannter politischer Korrektheit gar nicht erwähnen dürfen. In Ostdeutschland hat die AfD laut Dreyer aber so gute Wahlergebnisse erzielt, weil die Menschen dort schon einmal unter einem Regime gelitten haben, das die Meinungsfreiheit unterdrückte. Das dürfe nicht wieder passieren, indem Kritiker der Zuwanderung mundtot gemacht werden. Das hätte das linke politische Lager aber gerne.

Der Stadtverordnete Jürgen Blutte von den Grünen fühlte sich bemüßigt, die Naziskeule zu schwingen und zu behaupten, er werde an Reden aus der Zeit von 1933-1945 erinnert. Als er allen Ernstes Dreyer vorwarf, er würde zum Anzünden von Asylbewerberheimen aufrufen, wandte der sich an die Stadtverordneten-Vorsteherin, die solche Unterstellungen unterbinden müsse. Sie reagierte aber nicht darauf. In diesem demagogischen Stil wurde dann mit der AfD weiter im Stadtparlament umgesprungen. So wurde Dreyer von der SPD-Stadtverordneten Hasina Farouq unterstellt, er habe wohl ein „Goebbels-Seminar“ besucht. Immerhin kassierte sie dafür eine Rüge von der Stadtverordneten-Vorsteherin. Im Stadtparlament diskutier-

te man anschließend auch über mehrere Anträge zur Verbesserung der Sicherheit von Frauen und Mädchen. Hintergrund war die Berichterstattung über eine Häufung von sexuellen Belästigungen und Übergriffen im Juni. Unter anderem ergriff der AfD-Fraktionsvorsitzende Dieter Grätzer in der Debatte das Wort und erläuterte den Antrag der AfD zu diesem Thema. Der lautete: „Der Magistrat wird beauftragt sicherzustellen, dass von den zuständigen Landespolizeibehörden unter Einbeziehung des Kasseler Magistrats, der Flüchtlingsverwaltung, des Ordnungsamtes und der ÖPNV-Verantwortlichen schnellstmöglich ein Konzept erarbeitet und vorgestellt wird, wie die öffentliche Sicherheit von Frauen und Mädchen vor sexuellen Übergriffen in Kassel binnen kürzester Frist verbessert werden kann.“

„Nach Jahrzehnten freiheitlicher Entfaltung der Persönlichkeit haben Frauen heute vermehrt Angst, sich zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten aufzuhalten oder öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen“, fügte Grätzer zur Begründung hinzu. Er betonte, dass die Übergriffe vom Juni keine Einzelfälle gewesen seien. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Erst durch die Initiative der AfD wurden die anderen Fraktionen motiviert, ebenfalls Anträge für mehr Schutz von Frauen zu verfassen. Vergeblich. Denn in der anschließenden Abstimmung wurde sowohl der AfD-Antrag als auch der CDU-Antrag mit linker Mehrheit abgelehnt. Das Gleiche widerfuhr dem Antrag von FDP, Freien Wählern und Piraten. ■



THOMAS MATERNER

VERHINDERUNG VON SOZIALLEISTUNGS- MISSBRAUCH NICHT GEWÜNSCHT

Dem Verdacht massenhafter Anmeldungen durch Betrüger will OB nicht nachgehen.

Eine Anfrage der Kasseler AfD-Fraktion beschäftigte sich mit einer trickreichen Leistungerschleichung. Wie in anderen deutschen Städten schon festgestellt, melden sich Kriminelle vor allem aus Osteuropa an einer bestimmten Adresse an und beantragen Leistungen nach

dem Sozialgesetzbuch. Aber sie wohnen dort gar nicht. So kommt es, dass an manchen Meldeadressen Hunderte von Sozialhilfebeziehern gemeldet sind, obwohl gar nicht soviel Wohnfläche vorhanden ist. Beauftragte kümmern sich dort täglich um eventuelle Post vom Amt und erledigen gegen Bezahlung durch die Betrüger alles Notwendige.

Kassels Oberbürgermeister jedoch zierte als Antwort nur aus dem Meldegesetz und gab sich ansonsten ahnungslos. Von Leistungs-Missbrauch durch Scheinanmeldungen will er nichts wissen. Offenbar ist es politisch nicht gewollt, gegen betrügerisches Abkassieren vorzugehen. Die AfD ist der Meinung, dass Steuergelder den Bürgern unseres Landes und unserer Stadt zugute kommen sollen und nicht Sozialbetrüger, die auffallend oft aus Osteuropa stammen. ■



Vielfache Anmeldungen
von Osteuropäern zum
Sozialleistungsbetrug



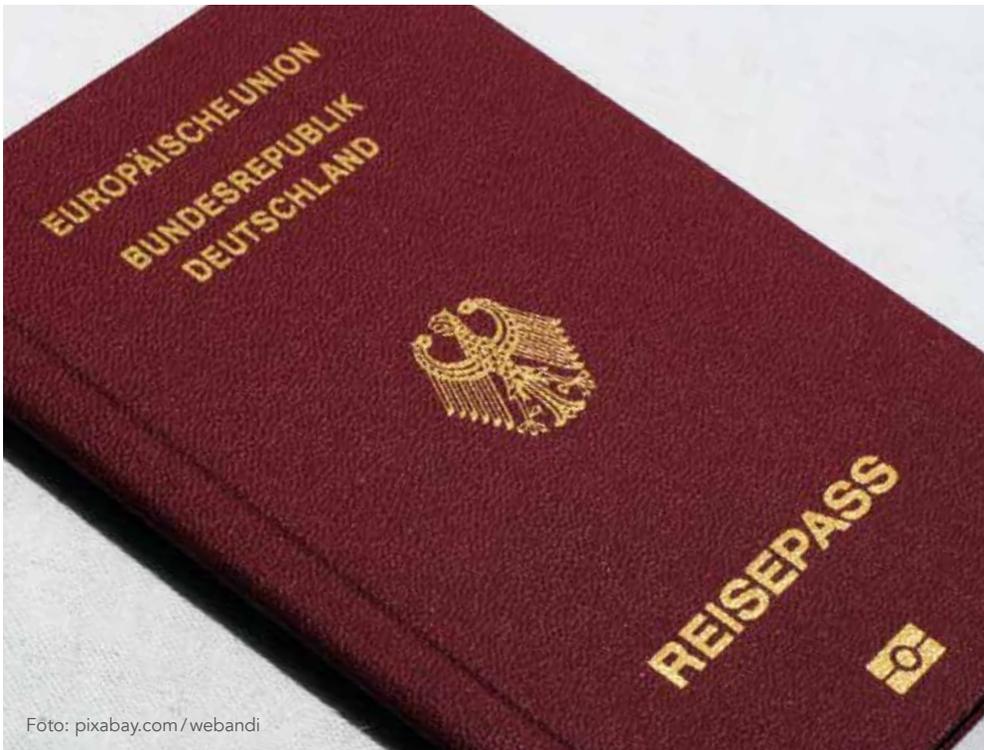


Foto: pixabay.com / webandi

VIELE ASYLSUCHENDE BEKOMMEN EXTRA-ZAHLUNGEN

Eine Anfrage des Kasseler AfD-Stadtverordneten Thomas Materner ergab, dass allein in diesem Jahr 35 Prozent der etwa 2.000 in Kassel lebenden Asylsuchenden zusätzlich zu ihren Grundleistungen weiteres Geld für sogenannte besondere Bedürfnisse erhalten.

AFD-ANFRAGE IM STADTPARLAMENT DECKT ZUSATZKOSTEN VON 670.000 EURO AUF

„Diese besonderen Bedürfnisse haben die Kasseler Bürger in den ersten acht Monaten dieses Jahres bereits 670.000 Euro ihres Steuergelds gekostet“, kritisierte Materner. Zugleich sei für viele Projekte, die den Kasseler Bürgern zugute kommen könnten, angeblich kein Geld da. „Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass mit Steuergeldern endlich wieder verantwortungsvoll und gerecht umgegangen wird“, betonte der AfD-Stadtverordnete. ■

KASSEL BIETET 17.000 AUSLÄNDERN DEN DEUTSCHEN PASS AN

Die deutsche Staatsbürgerschaft zu besitzen ist für viele Bürger ein Grund, stolz zu sein. In den meisten Ländern der Welt genießen Deutsche einen guten Ruf. Der Pass ermöglicht ein visafreies Reisen wie kaum ein Dokument anderer Staaten. Doch die Stadt Kassel bietet den Pass hier lebenden rund 17.000 Ausländern an wie ein Schnäppchen.

Auf der Internetseite der Stadtverwaltung „www.serviceportal-kassel.de“ kann sich jeder informieren, wie er an das Dokument herankommt. Er muss nur auf die Felder „Beschreibung der Leistung“ und „Welche Unterlagen werden benötigt?“ klicken. Voraussetzungen sind demnach nur: „Acht Jahre rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland (kürzere Zeiten in Ausnahmefällen möglich) oder drei Jahre rechtmäßiger Aufenthalt bei Ehegatten/Lebenspartner Deutscher (Einkommensverhältnisse maßgeblich)“. Dazu ein paar Deutschkenntnisse. Kostenpunkt der Prozedur: 255 Euro.

Etwa eine halbe Million Ausländer in Hessen könnte einen deutschen Pass beantragen. Aber immer weniger tun es. Das Land startete deswegen sogar eine Werbekampagne. Nur die Stadt Kassel geht noch einen Schritt weiter. Oberbürgermeister Bertram Hilgen (SPD) will 17.000 Briefe an die in der Stadt lebenden Ausländer verschicken und sie als neue Staatsbürger anwerben. Allerdings schrumpft die Zahl der lange in Hessen lebenden Ausländer, die einen deutschen Pass bekommen. Im vergangenen Jahr wurden 11.845 Menschen eingebürgert, weniger als in den drei Jahren zuvor.

Viele Menschen streben aus unterschiedlichen Motiven nach Deutschland. Offenbar hat unser Land viel zu bieten. Trotzdem ist die Zahl der Einbürgerungen rückläufig. Warum, darüber lässt sich nur spekulieren. Die Einwanderung in die Sozialsysteme funktioniert oft auch ohne deutschen Pass. Sozialleistungen, die weltweit zu den höchsten zählen, kommen auch ohne Bekenntnis zum Grundgesetz bei den ausländischen Antragstellern an. Die Frage, die sich förmlich aufdrängt, lautet: Aus welchem Grund sollte man bei Migrant*innen Werbung dafür machen, den deutschen Pass zu bekommen? Macht sich ein Staat nicht klein, der geradezu darum bittet, man möge sich doch einbürgern lassen? ■

MOSCHEEBAU VON RADIKALEN IN DER JOSEPHSTRASSE

Das Grundstück in der Josephstraße wurde vom Türkischen Kulturzentrum e. V. erworben, dessen Dachorganisation ATIB laut hessischem Landesamt für Verfassungsschutz dem türkischen Nationalismus der "Grauen Wölfe" zuzurechnen ist. Betreiber der Moschee wird das Islamische Zentrum Kassel sein, welchem vom Verfassungsschutz eine Nähe zur salafistischen Szene bescheinigt wird. Außerdem soll eine Al-Huda Koranschule integriert werden. Auf einer Schule dieser Organisation in Pakistan wurde eine Muslima

unterrichtet, die 2015 in San Bernardino, USA, zusammen mit ihrem Ehemann ein Blutbad mit 14 Toten anrichtete.

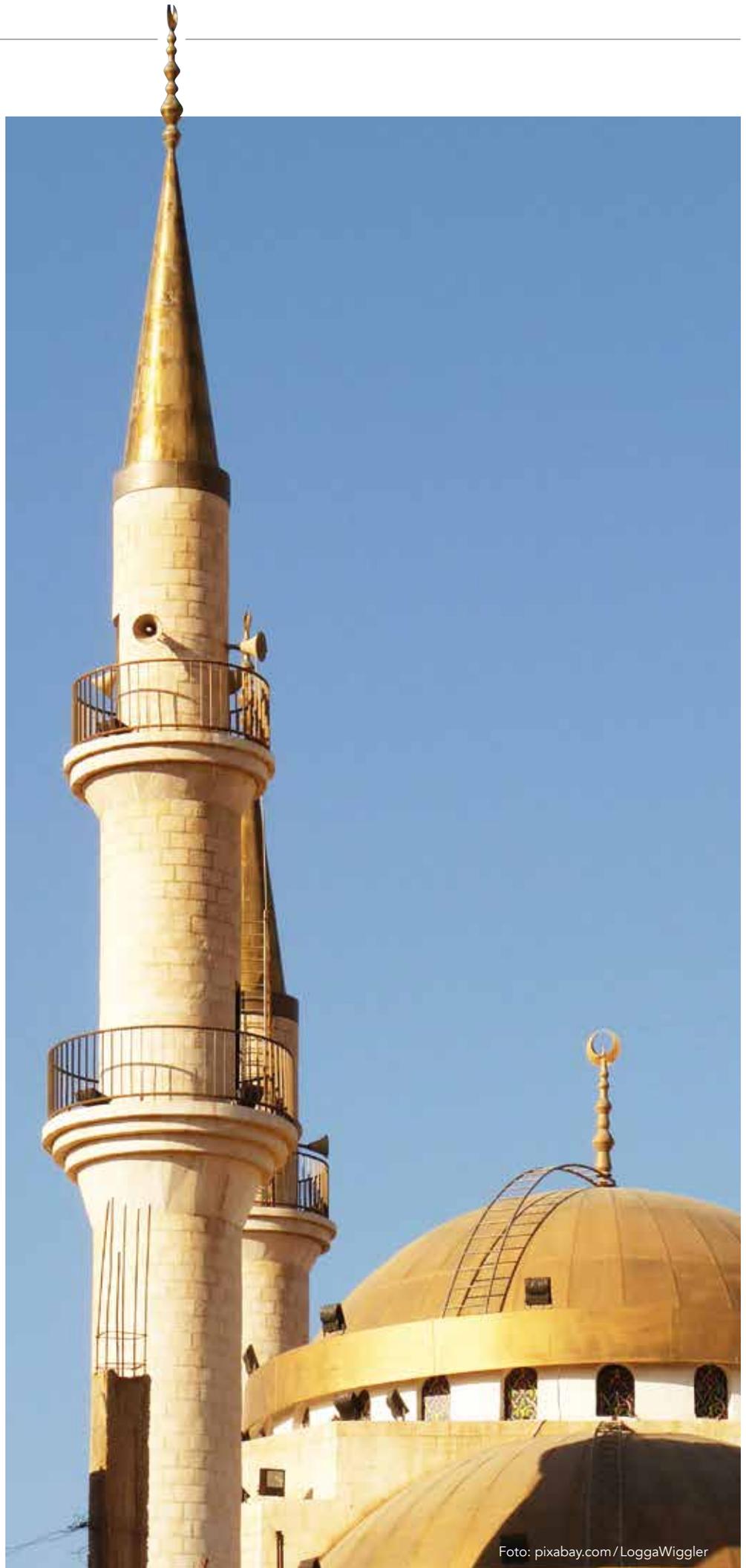
Bei der kulturellen Haltung, insbesondere dem Frauenbild der dort zu erwartenden Besucher, sind Belästigungen von Anwohnern und Passanten zu befürchten, wie die Erfahrungen zum Beispiel aus Berlin-Neukölln zeigen.

GOTTESHAUS ENTSTEHT IN DER JOSEPHSTRASSE / VERFASSUNGSSCHUTZ HAT BETREIBER IM VISIER

Es soll auf Arabisch gepredigt werden, mit Predigern u.a. aus Ägypten. Dem Magistrat der Stadt Kassel fällt hierzu nicht mehr ein, als dass es baurechtlich keine Beanstandungen gebe und hat eine Bauvoranfrage positiv bestätigt. Ein Skandal, dass sicherheitspolitische Aspekte, die sich aufgrund der Erkenntnisse des Verfassungsschutzes klar ergeben, hier nicht berücksichtigt wurden oder doch anscheinend nicht ernst genommen werden. Gerade vor dem Hintergrund eines bekannt gewordenen Salafistentreffens im Mai diesen Jahres unweit des Sterns mitten in der Kasseler Innenstadt und der allgemeinen islamistischen Bedrohung der letzten Zeit ist dies unverantwortlich vom Rot-Grün dominierten Kasseler Magistrat.

Die AfD Stadt Kassel bekennt sich zur freien persönlichen Religionsausübung. Weitere Moscheebauten hält die Mehrheit von uns aufgrund zahlreicher Angebote, z.B. mit der Ditib-Großmoschee in Matzenberg, nicht für nötig.

Wie soll unser Kassel aussehen, wenn wir jeder noch so kleinen islamischen Gemeinschaft den Bau einer repräsentativen, im orientalischen Stil gehaltenen Großmoschee gestatten? Schon gar nicht darf dies bei Zweifeln an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bei den Betreibern, welche sogar der Hessische Verfassungsschutz in diesem Fall erkennt, geschehen. ■





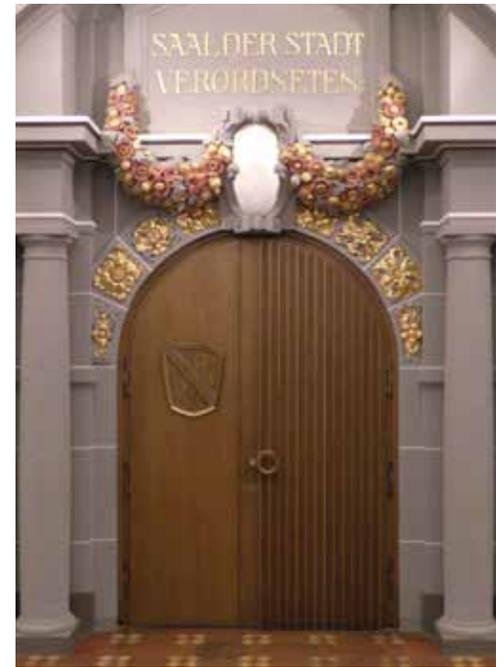
PETER MARGGRAFF

AfD-FRAKTION FÜR VERKLEINERUNG DER STADTVERORDNETEN VERSAMMLUNG

In einem der ersten Anträge im Kasseler Stadtparlament hatte die AfD-Fraktion gefordert, die Zahl der Sitze künftig auf maximal 59 zu begrenzen. Das ist zulässig, spart Kosten und macht die Kommunalpolitik effizienter. Das war die Idee. Doch daraus wurde nichts. Zu sehr kleben alle übrigen Fraktionen der Altparteien an ihren derzeit 71 Sitzen. Das ist exakt dieselbe Zahl wie im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und es sind sogar 20 Sitze mehr als im Landtag des Saarlands. Das unnötige Festhalten an liebgewonnenen Sitzen im Stadtparlament fördert nicht

unbedingt die Demokratie. Eher könnte die allgemeine Politikverdrossenheit deswegen zunehmen. Die Zahl der Sitze ist in Kategorien nach Einwohnerzahlen gestaffelt und im § 38 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) geregelt. Kassel hat rund 200.000 Einwohner und fällt in die Kategorie 71 Sitze, die für Städte zwischen 100.001 und 250.000 Einwohner gilt. Aber jede Kommune darf sich laut HGO freiwillig selbst um eine Kategorie herunterstufen. Wörtlich heißt die Vorschrift: „Durch die Hauptsatzung kann bis spätestens zwölf Monate vor Ablauf der Wahlzeit die Zahl der Gemeindevertreter auf die für die nächst niedrigere Größengruppe maßgebliche oder eine dazwischen liegende ungerade Zahl festgelegt werden.“ Die Änderung muss allerdings mit einer Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden und gilt erst ab der darauf folgenden Wahlperiode.

In Kassel wurden am Anfang der Legislaturperiode die Ausschüsse, in denen die fachliche Arbeit abläuft, von überwiegend 15 auf 13 Mitglieder verringert, um zu verhindern, dass die AfD zwei Vertreter dorthin entsendet. Wenn die Arbeitsgremien verkleinert werden, wieso nicht auch die Stadtverordnetenversammlung, aus der sie besetzt werden? Des Weiteren geht es auch um Kosten. Der Bürger erwartet von Politikern, mit gutem Beispiel voranzugehen und sparsam mit Steuergeld umzugehen. Jeder Stadtverordnete in Kassel erhält monatlich 350 Euro Aufwandsentschädigung und 50 Euro Fahrtkostenerstattung. Hinzukommen Mittel für Fraktionen. Derzeit steht ein Antrag der AfD-Fraktion zur Entschei-



dung an, die Sockelbeiträge unabhängig von der Fraktionsgröße zu vereinheitlichen. Was sich die Fraktionen Freie Wähler und Piraten mit insgesamt drei Stadtverordneten als Fraktionsmittel vorstellen, wird durch den jetzt neu vorliegenden Antrag von Bernd Hoppe deutlich: 112.000 Euro jährlich sollten es sein, davon 65.000 Euro für einen Vollzeit-Fraktionsgeschäftsführer und 36.000 Euro für eine Fachkraft für Bürokommunikation.

Zum Vergleich: Die AfD-Fraktion mit acht Stadtverordneten wendet weniger als 25.000 Euro für eine Teilzeit-Mitarbeiterin, für Sekretariat und Buchhaltung auf. Die Fraktionsgeschäftsführung ist ebenfalls eine Teilzeitstelle mit weniger als 15.000 Euro Kosten pro Jahr. ■

Das sind insgesamt ab 2017

Sockelbeträge:		
3 bis 7 Mitglieder:	36.717 € x 3 Fraktionen	
Ab 8 Mitglieder:	46.187 € x 4 Fraktionen	294.899 €
Pro Fraktionsmitglied		
6.515 € x 71 Stadtverordnete:		462.565 €
	jährlich	757.464 €
Bei 12 eingesparten Mitgliedern ergibt dies eine Einsparung pro Legislaturperiode von:		
Aufwandsentschädigung:	350 € x 12 Monate x 5 Jahre	21.000 €
Fahrtkostenerstattung:	50 € x 12 Monate x 5 Jahre	3.000 €
		24.000 €
x 12 Stadtverordnete		288.000 €
zzgl. Fraktionsgelder:	6.515 € x 12 Stadtverordnete x 5 Jahre	390.900 €
Gesamt-Ersparnis		678.900 €



UNERWARTETE KOOPERATIONEN BEI ABSTIMMUNGEN

Für einige Wähler dürfte es eine Überraschung sein, daß sie mit der Wahl von Freien Wählern oder der Piratenpartei zugleich die Linkspartei unterstützen. Auch für die AfD-Fraktion im Kasseler Stadtparlament ist diese wiederholte Zusammenarbeit

FREIE WÄHLER UND PIRATEN KOOPERIEREN REGELMÄSSIG MIT DER LINKSPARTEI

verwunderlich. Zum Beispiel bei Wahlvorschlägen zur Besetzung der Regionalversammlung. Das Bild von demokratischen Reformparteien der linken Mitte bekommt so einige Risse. ■

VORSTELLUNG
DER FRAKTIONS-
MITGLIEDER UND
DES EHRENAMTLICHEN
STADTRATS IM
MAGISTRAT



MICHAEL WERL

Fraktionsvorsitzender

Ausschüsse: „Kultur“ sowie „Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung“



SVEN R. DREYER

**Stellv. Fraktionsvorsitzender
und Fraktionsgeschäftsführer**

Ausschüsse: „Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr“ sowie „Umwelt und Energie“



THOMAS MATERNER

stellv. Fraktionsvorsitzender

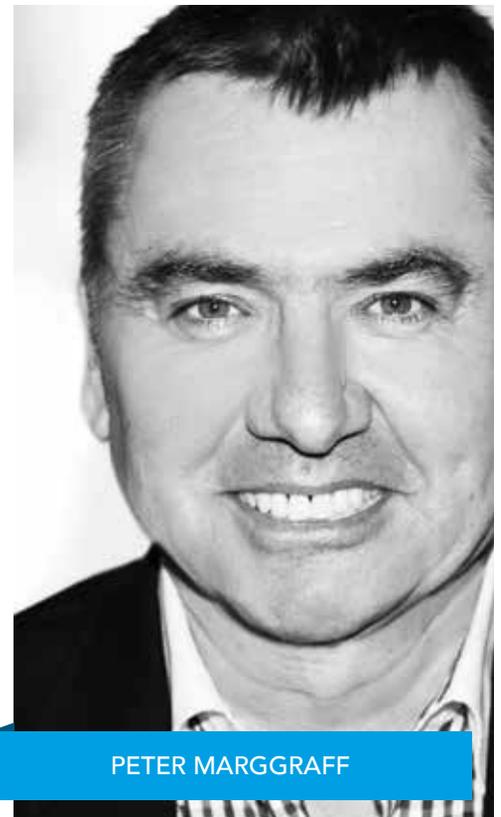
Ausschuss: „Soziales, Gesundheit und Sport“



DIETER GRATZER

Fraktionsmitglied

Ausschüsse: „Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen“ sowie „Wahlvorbereitungsausschuss“



PETER MARGGRAFF

Fraktionsmitglied

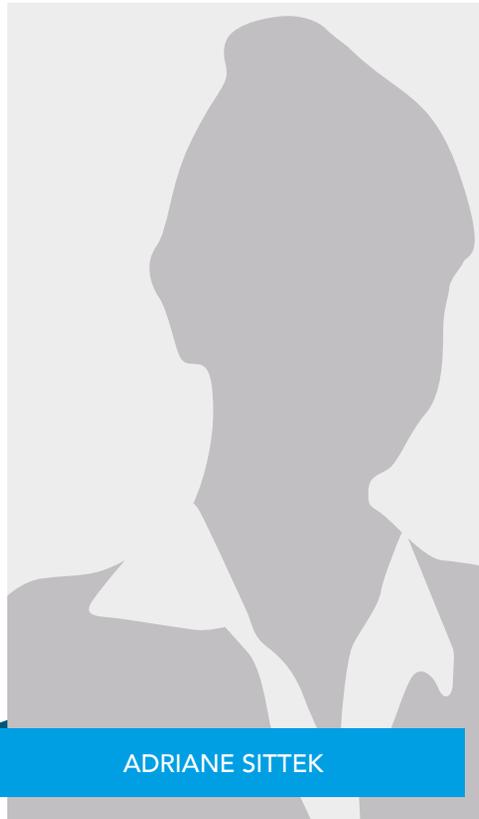
Ausschüsse: „Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen“



GERHARD GERLACH

Fraktionsmitglied

Ausschüsse: „Eingabeausschuss“ sowie „Revisionsausschuss“



ADRIANE SITTEK

Fraktionsmitglied

Ausschuss: „Schule, Jugend und Bildung“



MICHAEL DIETRICH

Fraktionsmitglied

Ausschüsse: „Wahlprüfungsausschuss“ sowie „Grundstücksausschuss“



THOMAS SCHENK

ehrenamtlicher Stadtrat im Magistrat



BÜRGERTELEFON UND BÜRGERSPRECHSTUNDE – IHR DIREKTER DRAHT ZUR RATHAUSFRAKTION



Foto: pixabay.com/Unsplash

Bürgertelefon:
0160 - 7278803

jede Woche mittwochs und freitags von 11 - 18 Uhr

Bürgersprechstunde: Jede zweite Woche freitags von 14 bis 18 Uhr in der Fraktionsgeschäftsstelle im Kasseler Rathaus (W125 + W126); individuelle Terminvereinbarungen sind möglich.

Im Internet können die Bürger die Arbeit der AfD-Fraktion ungefiltert verfolgen. Die AfD ist die Internetpartei. Auch in Kassel. Aus erster Hand wird auf diesem Weg über die Arbeit der AfD-Fraktion berichtet. Die sozialen Netzwerke sind zugleich ein guter Weg, um die mitunter lückenhafte Berichterstattung mancher Medien über die Arbeit der AfD-Fraktion zu ergänzen. Facebook sowie unsere Internetseite geben uns die Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger direkt und topaktuell zu informieren. Schauen Sie doch einfach mal bei uns im Internet vorbei und machen Sie sich ein ungefiltertes Bild von der Arbeit der Fraktion.

DIE FRAKTION IM INTERNET

Öffnungszeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montags, dienstags, donnerstags und freitags
von 9 bis 13 Uhr sowie von 14 bis 18 Uhr,
mittwochs von 9 bis 13 Uhr
Telefonkontakt Fraktionsgeschäftsstelle:
0561 – 787 3265

Direkter E-Mail-Kontakt zu den Stadtverordneten:
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

Direkter E-Mail-Kontakt zu dem ehrenamtlichen Stadtrat im Magistrat:
thomas.schenk@afd-hessen.de

Alternative
für
Deutschland

www.afd-fraktion-kassel.de



www.facebook.com/AfDFraktionKassel

Impressum

Herausgeber:
AfD-Fraktion in der Kasseler
Stadtverordnetenversammlung
Obere Königstraße 8
34117 Kassel

Telefon: 0561 – 7873265

stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

Verantwortlich
im Sinne des Presserechts:
Michael Werl (Fraktionsvorsitzender)

Dezember 2016

Diese Publikation dient der Information
und darf in einem Wahlkampf nicht zur
Parteienwerbung eingesetzt werden.